

Ernst Ulrich von Weizsäcker
Naturwissenschaft und Friedensforschung:
eine vertrackte Beziehung

aus:

Zur Eröffnung des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums
für Naturwissenschaft und Friedensforschung.

Herausgegeben von Martin B. Kalinowski und Hartwig Spitzer

(Hamburger Universitätsreden Neue Folge 11.

Herausgeberin: Die Präsidentin der Universität Hamburg)

S. 53–72

I M P R E S S U M

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-937816-40-1 (Printversion)

ISSN 0438-4822 (Printversion)

Lektorat: Jakob Michelsen, Hamburg
Gestaltung: Benno Kieselstein, Hamburg
Mitarbeit: Sweetlana Fremy, Hamburg
Realisierung: Hamburg University Press,
<http://hup.sub.uni-hamburg.de>

Erstellt mit StarOffice/OpenOffice.org

Druck: Uni-HH Print & Mail, Hamburg

© 2007 Hamburg University Press

Rechtsträger: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von
Ossietzky

I N H A L T

- 9 Martin B. Kalinowski und Hartwig Spitzer:
Vorwort
- 13 Reden aus Anlass der Eröffnung des Carl
Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für
Naturwissenschaft und Friedensforschung in
Hamburg am 7. Juli 2006
- 15 Jürgen Lüthje:
Begrüßung
- 27 Karin von Welck:
Grußwort
- 31 Volker Rittberger:
Grußwort für die Deutsche Stiftung Friedensforschung
- 47 Wolfgang Liebert:
Grußwort für den Forschungsverbund FONAS
- 53 Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Naturwissenschaft und Friedensforschung: eine
vertrackte Beziehung
- 73 Egon Bahr:
Zukunft der Rüstungskontrolle und Abrüstung
- 99 Ulrike Beisiegel und Martin B. Kalinowski:

	Ziele und Arbeitsweise des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF)
113	Wolfgang K. H. Panofsky: Between physics and politics – observations and experiences of an involved physicist
129	Alyson J. K. Bailes: International security threats and research challenges
145	Martin B. Kalinowski: New developments in the verification of nuclear arms control
155	Karin von Welck: Ansprache beim Senatsempfang im Kaisersaal des Hamburger Rathauses
163	Anhang
165	Beitragende
167	Programm
169	Abbildungen – Rednerinnen und Redner
175	Abbildungen – Eindrücke vom Festakt
181	Gesamtverzeichnis der bisher erschienenen Hamburger Universitätsreden
187	Impressum

Ernst Ulrich von Weizsäcker
NATURWISSENSCHAFT UND
FRIEDENSFORSCHUNG: EINE
VERTRACKTE BEZIEHUNG

Magnifizienz,

Frau Senatorin von Welck,

liebe Herren Kollegen Volker Rittberger, Wolfgang Liebert,

Egon Bahr, Martin Kalinowski, Hartwig Spitzer,

Herr Ehrensenator Panofsky,

meine Damen und Herren,

es ist schon beglückend für mich, hier so viele Freunde anzutreffen, obwohl ich doch gar nicht zur Gemeinde der Friedensforscher gehöre! Wenn es nicht Freunde wären, müsste ich als Fachfremder höllisch aufpassen, keinen Unsinn zu erzählen. Aber Freunde drücken dann schon mal ein Auge zu.

Ich freue mich herzlich darüber, dass das, was meinem Vater wirklich wichtig war, nun ein institutionelles Zuhause gefunden hat, die naturwissenschaftliche Friedensforschung. Vor ei-

nem Monat hatte ich eine Chance, meinem Vater von dem bevorstehenden Festakt zu erzählen, und ich meine, einen Ausdruck des Glücks in seinen Gesichtszügen erkannt zu haben. Immer wieder hatte er in späteren Jahren gesagt, seine Hamburger Jahre von 1957 bis 1969 seien die glücklichste und fruchtbarste Zeit seines Lebens gewesen. Seine Vorlesungen hier, mit bis zu 1800 Zuhörenden, waren zugleich Sternstunden der alten akademischen Vorlesungskultur und ein gesellschaftlicher Treffpunkt.

Der Name des neuen Zentrums klingt friedlich und harmonisch, und doch habe ich den Veranstaltern zugemutet, über die „vertrackte Beziehung“ zwischen Naturwissenschaft und Friedensforschung reden zu wollen. Ganz so friedlich geht es nämlich in der realen Welt der Friedensforschung und der Naturwissenschaften gar nicht immer zu.

Der Finalisierungsstreit und die Naturwissenschaften

Ich fange einmal mit dem vielleicht größten Streit an, den das von Carl Friedrich von Weizsäcker seit 1970 geleitete Starnberger Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt hervorgerufen hat.

Das war der so genannte „Finalisierungsstreit“. Gernot Böhme, Wolfgang van den Daele und Wolfgang Krohn stellten fest, dass die Wissenschaft in einem erheblichen Umfang durch ihre Geldgeber von außen, mit einer „finalen“ Zwecksetzung, gesteuert wird. Das war ein Schlag ins Gesicht derer, die meinten, die Wissenschaft folge nur ihrer inneren Logik der Wahrheitsfindung. Besonders empört war die von Naturwissenschaftlern dominierte Max-Planck-Gesellschaft.

Die Fragen der Zielsetzung und Logik der Wissenschaft lag für das Institut auf der Hand! Die Max-Planck-Gesellschaft hatte schließlich behauptet, das Institut auch für ihre eigene wissenschaftliche Richtungsfindung zu gründen. Mit dieser Begründung hatte die Gesellschaft 1969 meinen Vater vor die Alternative gestellt, entweder von Hamburg wegzuziehen und das neu zu gründende Institut im Raum München aufzubauen oder es überhaupt nicht zu gründen. Er wäre natürlich am liebsten in der Hansestadt geblieben. Er war dann sicher sehr enttäuscht, dass sich die Max-Planck-Gesellschaft nachher, insbesondere nach dem Weggang von Adolf Butenandt als Präsident 1971, nie ernstlich von den Starnbergern hat beraten lassen! Als das Institut dann so entsetzliche Dinge wie die Behauptung der Finalisierung der Wissenschaft durch das Geld in Umlauf

brachte, hatte man in der Münchner Zentrale auch einen wunderbaren Vorwand, das Institut „links“ liegen zu lassen. Und als von Weizsäcker emeritiert wurde, keine zehn Jahre nach der Gründung, wurde das Institut schleunigst wieder eingestampft.

Die Finalisierungsbehauptung war übrigens gar nicht so neu. Es gibt in der alten deutschen Sprache den schönen Spruch: „Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'.“ Peinlich wurde diese Erkenntnis, als sie auf einmal auf die Wissenschaft angewandt wurde. Das gab dem wissenschaftsphilosophischen Positivismusstreit zwischen Jürgen Habermas und Karl R. Popper neuen Pfeffer. Fördert Wissenschaft objektive Erkenntnisse zutage oder sind die Ergebnisse nicht auch ein Stück weit gesellschaftlich beeinflusst? Wenn das so ist, dann herrscht zwischen der Wissenschaft und ihren Geldgebern sehr wohl eine vertrackte Beziehung. Und das widerspricht der von Naturwissenschaftlern gehegten edlen Meinung, dass sich ihre Wissenschaft allein von innen heraus weiterentwickelt und dass die Gesellschaftsrelevanz erst im Nachhinein durch ihre Resultate hereinkommt.

Wegen der Innen-Steuerung sei die Naturwissenschaft auch nicht korrumpierbar, sagt man selbstgerecht und verweist hämisch auf die politische Vereinnahmung von Philosophen wie Martin Heidegger oder Juristen wie Carl Schmitt in der Nazi-

zeit sowie von all den regimetreuen Gesellschaftswissenschaftlern in der DDR. Dann wird erwähnt, übrigens in diesem Fall zu Recht, dass eine politisch ebenso aufrechte wie aufgeweckte Frau wie Angela Merkel unter den Bedingungen der DDR glückliche Zuflucht zur Physik nehmen konnte.

Erst in jüngerer Zeit haben viele Naturwissenschaftler, unter dem grausam gewordenen Druck der staatlichen Mittelknappheit, eine Art Kehrtwendung vollzogen und kehren nun auf einmal ihre große wirtschaftliche und gesellschaftliche Nützlichkeit hervor. Das ist der Einwerbung von Drittmitteln dienlich und gefällt somit den Universitätsleitungen und Kultusministern. Es ist wie eine Ironie der Geschichte, dass die Schüler derer, die vor 30 Jahren mit großem Eifer die Finalisierungsbehauptung von sich gewiesen haben, heute eine wortstarke und geschäftstüchtige Verkörperung derselben darstellen.

Naturwissenschaft und Friedensforschung

Ich finde, man muss den Finalisierungsstreit kennen, wenn man von Naturwissenschaft und Friedensforschung spricht. Mehr als die Hälfte aller Physiker in den USA, hört man, arbeitet direkt oder indirekt für das Militär. Sie tun das, weil dort der mit Abstand größte Geldhahn für sie ist. Sehr viele bejahen diese Arbeit

auch. Die im Kalten Krieg eingeübte Rechtfertigung lautet, dass der Dienst fürs Militär in Wirklichkeit ein Dienst für den Frieden sei. Ich nehme allerdings an, dass die meisten der hier Anwesenden dies nicht als befriedigende Funktionsbestimmung von Naturwissenschaft für die Friedensforschung akzeptieren würden.

Die Rüstungsforschung ist im Kern naturwissenschaftlich. Daher muss auch die Abrüstungsforschung hohe naturwissenschaftliche Kompetenz haben. Das gilt verstärkt wegen der allgegenwärtigen *dual use*-Probleme, die zu durchschauen und gegebenenfalls zu entschärfen ohne das Verstehen der naturwissenschaftlichen Grundlagen kaum möglich ist.

Darüber hinaus ist auch die Erforschung von Konfliktursachen über weite Strecken auf Naturwissenschaften angewiesen. Denken Sie etwa an Konflikte um Wasser oder Ölquellen, um Fischfanggründe, um grenzüberschreitende Umweltverschmutzung und schließlich um den Treibhauseffekt. Der berühmte *Grenzen des Wachstums*-Bericht an den Club of Rome war eine mathematische Fassung naturwissenschaftlicher und ökonomischer Zusammenhänge. Und er war einer der großen friedensrelevanten Beiträge seiner Zeit.

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung: Die Begründung für ein Zentrum für naturwissenschaftliche Friedensforschung ist

absolut schlagend. Da sich das Zentrum für naturwissenschaftliche Friedensforschung natürlich mit der Realität auseinandersetzen will, darf es nicht der schönfärbenden Annahme aufsitzen, die Naturwissenschaften seien sowieso unpolitisch und völlig friedlich, und sie seien überhaupt nicht korrumpierbar.

B-Waffen, Gentechnik und friedliche Forschung

Lassen Sie mich nach dieser teilweise etwas boshaften Einführung versuchen, die vertrackte Gemengelage der Probleme zu skizzieren, die sich der naturwissenschaftlichen Friedensforschung stellen. Ich wähle hierzu das Beispiel der B-Waffen, über deren Abrüstungsfragen ich selbst vor 35 Jahren in Georg Pichts Evangelischer Studiengemeinschaft gearbeitet habe.

Bei B-Waffen hat man es praktisch immer mit *dual use*-Problemen zu tun. Die Forschung selber und sogar Teile der Entwicklung von Biowaffen lassen sich ohne Weiteres als medizinische Forschung tarnen oder rechtfertigen. Oder umgekehrt: Weite Teile der mikrobiellen medizinischen Forschung können mir nichts, dir nichts in Waffenforschung verwandelt werden.

Aber es gibt auch eine unverhohlene B-Waffen-Forschung, besonders in den USA und in Russland. In der vom 11. Septem-

ber 2001 und einer angeblichen Milzbrand-Drohung geprägten Stimmung haben die USA ihre Hochsicherheits-Laborkapazität für das Hantieren mit hochinfektiösen Krankheitskeimen gewaltig vergrößert. Und immer gibt es eine Verbindung zum Pentagon. Im Volk gibt es so gut wie keinen Widerstand gegen das, was da höchst Bedrohliches gekocht wird.

Das Spektrum der möglichen Anwendungen von Biowaffen ist in den letzten Jahren stark angewachsen. Rassenspezifische Krankheitskeime, bis vor kurzem noch als unmöglich bezeichnet, werden jetzt als absolut machbar eingeschätzt. Eine weitere Dimension ist der Einbau von biologisch aktiven Stoffen wie Giften, Narkotika, Sterilisatoren oder von Krankheitskeimen in die Nahrung. Auch hier wieder ein *dual use*-Problem. Die Medizin möchte für die Ernährung von Stoffwechselkranken die biochemische Zusammensetzung der Nahrung manipulieren. Man nennt diese zwischen Ernährung und Arznei changierenden Lebensmittel gerne *nutraceuticals*. Die sind übrigens psychologisch ein wunderbares Einfallstor für die grüne Gentechnik, denn wer will schon einem Stoffwechselkranken verwehren, halbwegs normal schmeckende Nahrung zu sich zu nehmen? Und wenn das angeblich nur die Gentechnik kann, weiß man doch, was moralisch geboten ist. Aber die gentechnische Nahrungs-

manipulation ist eben auch ein Einfallstor für eine besonders perfide Art der biologischen Kriegsführung.

Eine ganz anders gelagerte Konfliktlinie ist der Streit um die „Terminator-Gene“ in der Landwirtschaft. Die verhindern die Keimfähigkeit in der nächsten Pflanzengeneration, zwingen also die Bauern, für jede Aussaat das Saatgut neu zu kaufen. Das alte Recht der Bauern zur hofeigenen Nachzucht wird gentechnisch ausgehebelt. Die Saatgut-Industrie setzt auf diese Technik, aber die Entwicklungsländer sind wütend. Naive Umweltschützer werden mit dem Argument eingekauft, das Terminator-Gen verhindere die Auswilderung der Gentechnikpflanzen. Und die Gentechnik-Industrie und ihre politischen Freunde kommen mit dem schön transportierbaren, aber angesichts der Terminator-Technologie perversen Behauptung, die Gentechnik besiege den Welthunger.

Die Gemengelage der biotechnologischen Friedensforschung sehe ich als ebenso atemberaubend wie vertrackt an. Liebe Regine Kollek und lieber Martin Kalinowski, ich bin sehr glücklich darüber, dass die bisher beim Forschungsschwerpunkt Biotechnik, Gesellschaft und Umwelt (BioGUm) angesiedelte Forschungsstelle Biologische Waffen und Rüstungskontrolle an der Universität, die mit dem Sunshine-Projekt von Jan van Aken zu-

sammenarbeitet und von Iris Hunger geleitet wird, demnächst dem Zentrum für naturwissenschaftliche Friedensforschung angegliedert wird.

Die Tiefendimension

Naturwissenschaftliche Friedensforschung bleibt nicht bei konkreten Themen stehen. Carl Friedrich von Weizsäcker hat großen Wert darauf gelegt, auch die tiefer liegenden philosophischen Fragen der Wissenschaft und der Politik anzugehen. Zur Philosophie der Naturwissenschaft jetzt nur ein Seitenhieb: Die positivistische Faktenanhäufung geht an einer Einsicht der Quantentheorie sträflich vorbei. Die Quantentheorie des Messprozesses enthält Aussagen darüber, wie der Messprozess sein eigenes Ergebnis beeinflusst. Dies haben die Popperianer nie aufgegriffen, vermutlich auch nie begriffen. Es ist ja auch hart, wenn man schon beim Messprozess Verantwortung tragen soll!

Wichtiger für das ZNF ist vermutlich die Philosophie der Politik. Hierzu gestatten Sie mir ein Zitat aus Georg Pichts Laudatio auf Carl Friedrich von Weizsäcker bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1963 in der Frankfurter Paulskirche: „Das Denken, das Vermögen der Vernunft, ist in einer neuen Gestalt, die wir erst lernen müssen, zur schie-

ren Existenzbedingung geworden.“ Also: das Denken als Existenzbedingung.

Carl Friedrich von Weizsäcker geht darauf in seiner Dankesrede unter dem Titel „Bedingungen des Friedens“ ein. Er entwickelt gewissermaßen einen politischen Dreistufenplan des neuen Friedens-Denkens:

1. Der Weltfriede ist notwendig.
2. Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter.
3. Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung.

Der erste Satz, dass der Weltfriede notwendig sei, war damals schockierend neu, heute ist er weithin akzeptiert (außer bei der Regierung und dem Parlament eines Staates sowie bei dessen fundamentalistischen Gegnern, in deren Köpfen noch Verheißungen eines im Heiligen Krieg zu erreichenden Gottesstaates herumschwirren).

Die Erläuterung des zweiten Satzes nimmt Carl Friedrich von Weizsäcker zum Anlass, einen damals ganz neuen Begriff einzuführen, der heute zu unserem Sprachgut gehört. Er sagt, dass sich das Herannahen des Weltfriedens „in der allmählichen Verwandlung der bisherigen Außenpolitik in Welt-Innenpolitik“ ausdrückt. Welt-Innenpolitik ist ein viel hübscheres

Wort als der viel später gebräuchlich gewordene englische Begriff der *global governance*. Die Welt-Innenpolitik hat die erst Jahrzehnte später auftauchenden Probleme des Klimaschutzes, des Outsourcing, des Terrorismus oder der Vogelgrippe sehr früh sprachlich auf den Punkt gebracht. Die Kühnheit und Unbefangenheit des Naturwissenschaftlers konnte das, was damals politisch gänzlich abwegig erschien, zur Sprache bringen.

Seine Friedenspreisrede hat Carl Friedrich von Weizsäcker unmittelbar in naturwissenschaftliche Friedensforschung umgesetzt. Mit der von ihm angestifteten und jahrelang geleiteten Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) hat er hier in Hamburg zusammen mit Horst Afheldt die groß angelegte Studie *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung* in Gang gebracht. Sie hat schon vor ihrer Buchpublikation 1971 die Öffentlichkeit und auch die Max-Planck-Gesellschaft beeindruckt und den Gründungsprozess des Starnberger Instituts beflügelt. Ich freue mich besonders, dass Horst Afheldt heute hier ist!

Ähnlich gelagert war 15 Jahre später das Szenario eines nuklearen Winters als Effekt eines Atomkriegs, von Carl Sagan, ebenfalls einem sehr erfolgreichen Naturwissenschaftler, übrigens in NASA-Diensten tätig. Die Schreckensvision eines durch den Atomkrieg ausgelösten weltweiten Dauerfrosts sowie die in

der Afheldt-Gruppe in Starnberg entwickelte Vorstellung rein defensiver Militäroptionen haben wiederum die westliche Friedensbewegung sowie Michail Gorbatschow tief beeindruckt. Man darf annehmen, dass dieses naturwissenschaftlich geprägte Friedensdenken wesentlich dazu beigetragen hat, dass die scharfe, von US-Präsident Ronald Reagan angeheizte Ost-West-Konfrontation am Ende nicht zum Dritten Weltkrieg, sondern zu einer vergleichsweise friedlichen Implosion des Sowjetimperiums geführt hat.

Diese Komponente der Interpretation der Geschichte, lieber Egon Bahr, halte ich übrigens nicht nur für historisch richtig, sondern auch für politisch notwendig gegenüber den USA, wo man allein die Interpretation gelten lässt, das gute System der freiheitlichen Marktwirtschaft habe sich eben als stärker erwiesen als das böse des autoritären Kommunismus. Jenes *Star Wars*-Skript von Gut und Böse entstammt ja noch der Clausewitz-Vorstellung vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Die außerordentliche moralische Anstrengung

Die moralische Überwindung eines moralisierend primitiven Gut-und-Böse-Schemas (übrigens auch bei radikalen Linken der

1970er Jahre) gehört bereits zum dritten Gedanken in von Weizsäckers Friedenspreisrede. Hier geht es um die „außerordentliche moralische Anstrengung“ für den Frieden. Die sichtbarste Konkretisierung bei von Weizsäcker persönlich war sein Einsatz für ein Friedenskonzil der Christen. Die gut fünf Jahre der Vorbereitung fanden noch unter dem Damoklesschwert eines möglichen Weltkrieges statt. Die Konferenz selber, die Weltversammlung der Christen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, fand ein halbes Jahr nach dem großen Aufatmen, dem Ende des Kalten Krieges, im März 1990 in Seoul statt.

Von Weizsäcker hat seinen Fokus auf die christliche Religion schon 1963 mit dem Hinweis auf das Neue Testament angedeutet, das er das revolutionärste Buch, das wir besitzen, nannte. Sein hierauf fußender Appell hat seelische und religiöse Kräfte mobilisiert, denen wir viel von der Abwendung der Weltkriegskatastrophe verdanken. Selbstverständlich hat er sich vehement gegen die im amerikanischen Bibel-Gürtel verbreitete anmaßend-fundamentalistische Form von Christentum gewehrt. In jenen Kreisen wird ja der Jüngste Tag bald erwartet und wird den „Gerechten“ zugestanden, ihn notfalls auch herbeizubomben. Doch diese verquere Bedrohung ist nicht direkt der Gegenstand der naturwissenschaftlichen Friedensforschung.

Politik nach dem Ende des Kalten Krieges

Wir waren alle erleichtert, als der Kalte Krieg zu Ende und das Damoklesschwert des Dritten Weltkriegs erst einmal verschwunden war. Doch sonderlich friedlich ist die neue Weltlage eigentlich nicht. Die Natur ihrer neuen Konflikte zu durchschauen, das kann sehr wohl Gegenstand der heutigen naturwissenschaftlichen Friedensforschung sein.

Was war nach 1990 geschehen? Auf den Punkt gebracht, es war die Erosion der staatlichen Handlungsfähigkeit. Bis 1990 hatten die Starken und Reichen in den westlichen Gesellschaften ein massives Interesse daran, dass starke Staaten die Abwehr des als aggressiv erlebten Kommunismus organisierten. Staat und Wirtschaft waren also in einer Interessensharmonie verbunden. Die Wirtschaft tolerierte daher nicht ungern die Soziale Marktwirtschaft, die den sozialen Frieden herstellte und demonstrierte, dass es bei uns auch den Schwächeren besser ging als im autoritären Kommunismus.

Mit dieser Harmonie war es nun nach 1990 vorbei, weil der Gegner weggeblasen war. Nun entwickelte sich auf einmal der Shareholder Value zur obersten Maxime. Um ihn zu optimieren, gab es ein gnadenloses Outsourcing, einen weltweiten Kostenwettbewerb und alsbald einen immer unvernünftiger wer-

denden Steuerwettbewerb der Staaten gegeneinander, und zwar systematisch zugunsten der Reichen und der Investoren, die sich genüsslich die für sie lukrativsten Standorte aussuchen konnten. Die Schere zwischen Arm und Reich reißt in praktisch allen Ländern auf, auch in China und Indien. Dabei sind das noch die großen Gewinner der Globalisierung. Andere Länder, die mit den asiatischen Riesen nicht mithalten können, machen derweil eine massive De-Industrialisierung durch.

Die kompensierende Umverteilungsfähigkeit des Staates ist eingebrochen. Mit ihr erodiert zunehmend der Glaube an den Sinn der Demokratie. Das ist der Kern des Problems mit der Globalisierung. Die Wut über die eigene Hilflosigkeit und über die Machtanmaßung der Gewinner wächst weltweit. Ebenso wächst, vor allem in islamisch geprägten Ländern, die Schuldzuweisung an die Amerikaner. Die aber verstehen die Welt nicht mehr und fokussieren ihre Suche nach dem Gegner auf die „Terroristen“ oder auf die europäischen „Waschlappen“ im angeblichen Umfeld der Terroristen.

Das friedenswissenschaftliche Zwischenfazit: Heute entstehen viele Konfliktlagen durch den Markt, gehen also nicht vom Staat aus. Und der Staat ist viel zu schwach, um Abhilfe zu schaffen.

Eine neue Aufklärung

Es ist etwas in unserem Weltbild zerbrochen. Ich behaupte, dass die bis 1990 vernünftige Annahme einer Einheit der Aufklärung zerbrochen ist. Zwei Jahrhunderte lang waren die Werte der Aufklärung ein gemeinsames Paket: die Demokratie und die Freiheit und der Markt. Man hatte einen gemeinsamen Gegner, anfangs die autoritären Könige und Kirchen, dann die Faschisten, dann die Kommunisten. Die Marktgewinner hatten immer einen sehr starken Grund, die Demokratie zu pflegen und zu finanzieren. Jetzt ist dieser Grund zum ersten Mal in der Weltgeschichte abhandengekommen, und jetzt heißt es auf einmal an hundert Stellen in der Welt „Markt gegen Demokratie“. Die geographische Reichweite des Marktes ist global, die des Rechts und der Demokratie ist national geblieben. Das führt zur Dominanz des Marktes über den Staat.

Markt und Demokratie stützen einander also nicht mehr automatisch. Eine diesen Vorgang erklärende Aufklärung wäre gewissermaßen der philosophische Part der heutigen Friedensforschung. Politisches Ziel ist die Herstellung eines welt-innenpolitischen, eines globalen Rechtsrahmens, damit die Investoren nicht in Kindersklaverei- und Umweltsünder-Staaten und die Reichen nicht in Steueroasen ausweichen können. Man macht

sich natürlich mit dieser Aufklärung bei den heutigen Mächtigen, den Marktgewinnern, nicht beliebt!

Zivilgesellschaft

Die Staaten und auch die UNO und andere internationale Organisationen sind viel zu schwach, um einen globalen Rechtsrahmen gegen die Logik und Macht der internationalen Finanzmärkte durchzusetzen. Was wir brauchen, ist eine Allianz zwischen den Staaten und der weltweit operierenden Zivilgesellschaft als Gegengewicht gegen die reine Renditemaximierung.

Ich gehe jetzt nicht auf operationale Einzelheiten ein, wie sich etwa die neue Allianz verwirklichen ließe, wo die Reform der Vereinten Nationen hereinkäme und wo die Rolle der EU. Ich will lediglich sagen, dass die Friedensforschung auch die zivilgesellschaftlichen Akteure systematisch einbeziehen muss, und freue mich, dass das hier auch geplant ist.

Chancen am Standort Hamburg

Nach dieser sehr stenographischen und natürlich einseitigen Skizze zum Forschungsgegenstand möchte ich zum Schluss ein paar Worte über die besonderen Chancen der Friedensforschung am Standort Hamburg sagen.

Lieber Herr Lüthje, Ihnen kann man nur gratulieren. Sie und viele Mitstreiter, unter ihnen Walter Schindler und Peter Riedesser, haben hart an der Verwirklichung dieses Zentrums gearbeitet. Mit großer Freude höre ich, dass das ZNF mit dem international anerkannten IFSH in ein gemeinsames Haus ziehen soll, wo auch die Forschungsstelle für Zeitgeschichte und das Institut für die Geschichte der deutschen Juden untergebracht werden. Das ist eine exzellente Konstellation, zu der man die Universität und die Stadt nur beglückwünschen kann.

Dann haben Sie in Hamburg das Generalsekretariat des Club of Rome und das Sekretariat der Global Marshall Plan Initiative. Jakob von Uexküll möchte hier den Welt-Zukunftsrat verankern. Und der gegenwärtige Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Stephan Albrecht, arbeitet hier an der Uni. Dann gibt es in Hamburg einzigartige Regionalstudien-Institute zu Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Orient, zusammengefasst im German Institute of Global and Area Studies (GIGA), noch bekannter unter dem früheren Namen Deutsches Übersee-Institut. Die Tradition der auf den Welthandel ausgerichteten Hansestadt, das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), die besonderen Beziehungen zu China, der Umweltschutzverband BAUM und, nicht zu vergessen, Greenpeace –

das sind alles weitere Ingredienzien für eine Atmosphäre, in welcher die Friedensforschung ausgezeichnet gedeihen kann.

Natürlich braucht man Partner weltweit. Hartwig Spitzer ist Mitbegründer des International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES), das von der in Santa Barbara, Kalifornien, ansässigen Nuclear Age Peace Foundation gestützt wird; ich hatte kürzlich das Vergnügen, mit dessen Direktor David Krieger zusammenzukommen, der Sie herzlich grüßen lässt. Das ist nur eines von sicher fünfzig Beispielen der notwendigen internationalen Vernetzung. Ich bin froh, dass Sie, lieber Martin Kalinowski, die Pflege solcher Beziehungen als wichtigen Programmpunkt ansehen.

Man würde aber dem Namen von Carl Friedrich von Weizsäcker nicht gerecht, wenn sich die Arbeit des Zentrums in solchen Vernetzungsaufgaben erschöpfte. Die naturwissenschaftliche Sauberkeit und Verlässlichkeit, die politische und philosophische Begründung und die ständige unerschrockene Neuerkundung des Terrains der naturwissenschaftlichen Friedensforschung gehören selbstverständlich dazu!

Ich danke Ihnen.